

RUNDFUNKGEBÜHREN STAATSVETRAG  
Rundfunkgebühreneinzugszentrage  
50656 Köln

Harald Schicker  
Feldbergstraße 5  
56379 Holzappel  
21.08.09

**Zwangsgebühren: 570 543 366 / 355 157 265**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wieder einmal ist ein Schreiben eingetroffen indem behauptet wird, das eine Berechtigung zum Einzug von Zwangsgebühren bestehen würde. Wieder einmal ist die von mir großzügig bemessene Zeit welche ich zur Widerlegung meiner Angaben gemacht habe, weit überschritten worden und damit Ihr Schreiben **ungültig!** Wieder einmal wurde das Anschreiben nicht rechtskräftig unterschrieben, also **ungültig!** Wieder einmal hat sich keine Person legitimiert. Wieder einmal konnten meine Angaben nicht wiederlegt werden, was die Richtigkeit dieser bestätigt.

Die Angaben der GEZ beruhen ausschließlich auf Behauptungen, welche die GEZ allerdings nicht belegen kann. Ich hingegen liefere handfeste Belege für meine Angaben. Die GEZ konnte diese weder in- noch außerhalb meiner gesetzten Frist widerlegen.

Die GEZ behauptet, dass die BRD seit 03.10.1990 alleiniger Souverän sei. Was war sie vorher?

Hier die Antwort: Eine Verwaltung für ein besetztes und beschlagnahmtes Teilgebiet Deutschlands.

Durch die Wiedervereinigung (welche rechtlich in Frage gestellt wird) wurden beide Verwaltungen aufgelöst und es ist das vereinigte Deutschland entstanden (nachzulesen in dem 2+4 Vertrag).

Wenn allerdings die BRD wie Sie behaupten alleiniger Souverän in Deutschland ist, erklären sie mir bitte warum diese BRD keine Staatsbürgerschaften vergeben kann und an ein Staatsangehörigkeiten Gesetz des Deutschen Reiches von 1913 festhält. Das ist allerdings einfach; die Staatsangehörigkeit „BRD“ gibt es nicht. Dass es die Staatsangehörigkeit der BRD nicht gibt, hat der Landkreis Demmin einer Dame im Schreiben vom 1.3.06 bestätigt. Dies spiegelt auch der „Personalausweis der BRD“ wieder, bei diesem unter Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ steht. Hierzu bedarf es sicherlich keiner weiteren Erklärung.

Desweiteren hat die BRD/DDR 1990 auf einen Friedensvertrag verzichtet (Protokoll Nr. 354B, Anlage 2, Protokoll des französischen Vorsitzenden). Wenn die BRD doch einen souveränen Staat darstellt, warum verzichtet diese dann auf einen Friedensvertrag. Ohne diesen kann die BRD nicht alleiniger Souverän sein, da Deutschland weiterhin als besetzt gilt. Und was ist eigentlich aus dem Staat „DDR“ geworden?

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist nur die Simulation eines souveränen Staates. Sie lässt ihre Diener auf das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 vereidigen, weil sie selbst kein eigenes, durch Gesetz definiertes Territorium besitzt. Beweis, Zitat:

## 1. Beamten-gesetze

### 1.1. Bundesbeamten-gesetz (BBG), zuletzt geändert durch Art. 19a G vom 19.2.2006:

**§ 185 BBG:** Als **Reichsgebiet** im Sinne dieses Gesetzes gilt das **Gebiet des Deutschen Reiches** bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

### 1.2. Niedersächsisches Beamten-Gesetz (NBG, NI), § 233 NBG - Landesrecht Niedersachsen:

**§ 233 NBG:** **Reichsgebiet**, öffentlicher Dienst in den eingegliederten Gebieten und im Ausland

(1) Als **Reichsgebiet** im Sinne dieses Gesetzes gilt das **Gebiet des Deutschen Reiches** bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

(2) Dem Dienst bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im **Reichsgebiet** im Sinne dieses Gesetzes stehen gleich

1. für Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit der bis zum 8. Mai 1945 geleistete gleichartige Dienst bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn in den Gebieten, die nach dem 31. Dezember 1937 dem **Deutschen Reich** angegliedert waren,
2. für Volksdeutsche Vertriebene und Umsiedler der gleichartige Dienst bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Herkunftsland.

Es ist somit festzustellen, dass die BRD keinen Staat darstellt und die GEZ nicht berechtigt war und ist Zwangsgebühren einzutreiben.

Davon ausgehend, dass Sie meine Angaben nicht widerlegen können, sehe ich diese Angelegenheit als erledigt an. Ferner fordere ich Sie hiermit nochmals auf, die bisher geleisteten Zwangsgebühren in Form eines Verrechnungsschecks zu erstatten. Ich bitte Sie um Verständnis, das keine weiteren Schreiben Ihrerseits mehr anerkannt werden und somit unbeantwortet bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

---

Harald Schicker

Anlage:

Auszug aus dem Protokoll des französischen Vorsitzenden  
Schreiben des Landkreis Demmin

[www.unrechtstaat.de](http://www.unrechtstaat.de)